



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Umdenken in der Schweineerzeugung in Bayern unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass

- Ferkelerzeuger und Schweinemäster eine Prämie erhalten, die einen Ausstieg aus der Schweinemast bzw. Ferkelerzeugung vorhaben,
- diese Umstrukturierungs- bzw. Ausstiegsprämie sowohl für eine Umstellung auf andere Produktionszweige als auch
- für eine Aufgabe des Betriebszweiges gezahlt werden soll.

Begründung:

Die Auswirkungen der gescheiterten „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) der EU machen sich auch in der Schweineerzeugung bemerkbar.

Diese sind katastrophale Erzeugerpreise, steigende Kosten für Futter und Betriebsmittel und immer höhere Anforderungen an das Tierwohl.

Landwirte sollen ihre Ställe umbauen, um ihren Tieren mehr Platz und Auslauf zu ermöglichen. Zudem sollen sie umweltschonender wirtschaften. All das kostet enorme Summen und setzt die Betriebe unter Druck.

Hinzu kommen hohe Hürden bei Stallgenehmigungen (Emission etc.), hoher Importdruck aus Spanien und zusätzlich die Afrikanische Schweinepest, die unter anderem zur Folge hatte, dass keine Exporte nach China mehr möglich sind.

In China wurden außerdem die Schweinebestände in den letzten Jahren sehr schnell ausgeweitet. Doch nun ist das Angebot zu groß und die Krise für die Schweinehalter spitzt sich auch dort immer weiter zu. Das hat sehr negative Folgen für die globalen Schweinepreise. Während die Bauern Anfang 2020 noch 2,03 Euro pro Kilogramm bekamen, liegt der Preis derzeit nur noch bei 1,25 Euro.

Weiterhin belastend wirken die Folgen der coronabedingten Schließung der Gastronomie, was zusätzlich zum Einbruch der Absatzmärkte geführt hat.

Mit jedem verkauften Schwein machten die Landwirte derzeit Verlust, klagt der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied. Die katastrophale Marktlage sei für viele Betriebe existenzbedrohend. Auch der Geschäftsführer der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), Torsten Staack, stellt fest: „Wir haben hier eine tiefgreifende strukturelle Krise, die nun schon seit anderthalb Jahren andauert.“

Einen wesentlichen Anteil an der Misere hat seit Jahren eine regelrechte Kampagne interessierter Kreise gegen den Fleischkonsum. Dabei wird unter anderem völlig außer

Acht gelassen, dass ca. 20 Prozent des Fleischkonsums (sog. „Pro-Kopf-Verbrauch“) auf den Verbrauch für Haustiere entfallen, also gar nicht dem menschlichen Verzehr dienen. Somit ist auch die statistische Grundlage für die Behauptung, der Fleischkonsum sei zu hoch, mehr als zweifelhaft.

Aus diesen Gründen hat der Bayerische Bauern Verband (BBV) am 17.09.2021 zum Krisengespräch mit dem Lebensmitteleinzelhandel und am 15.09.2021 Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner zu einem Treffen mit den Verantwortlichen der „Lebensmittelkette Fleisch“ geladen.

80 Prozent der Schweinehalter planen den Ausstieg – und das hat nichts zu tun mit dem altbekannten Schweinezyklus! In den letzten 10 Jahren haben in Bayern die Hälfte der Schweinehalter bereits aufgegeben.

Eine Umfrage der Universität Kiel untersuchte, wie groß die Bereitschaft deutscher Schweinehalter wäre, eine Ausstiegsprämie anzunehmen. Das Ergebnis: 60 Prozent der 445 befragten Landwirte könnten sich vorstellen, ihre Schweinehaltung im Gegenzug für eine Prämie aufzugeben!

BBV hält ein klares Bekenntnis zur deutschen Herkunft bei der Tierhaltung nötig und fordert die Umsetzung eines Gesamtkonzepts zur Nutztierhaltung (siehe Ergebnisse der Borchert-Kommission).

Die regionale Vermarktung in Bayern, dezentrale Schlachthöfe und die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte aus heimischer Produktion muss Vorrang haben vor den profitorientierten Interessen der großen Discounter.